

**Antrag 228/II/2022****AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und eine bürgernahe Praxis bei der Einbürgerung**

1 Deutschland muss ein modernes Einwanderungsland  
2 werden. Dazu benötigt es ein modernes Staatsangehörig-  
3 keitsrecht, dass es allen Bürger:innen die hier ihren Le-  
4 bensmittelpunkt haben auch Staatsbürger:innen mit al-  
5 len Rechten und Pflichten zu werden. Wir begrüßen die  
6 Vorhaben der Bundesregierung die Fristen für Einbürge-  
7 rung abzusenken und die Mehrstaatigkeit zu ermögli-  
8 chen.

9

10 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bun-  
11 desregierung und des Bundestages daher auf, bei der  
12 Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sich für folgende  
13 Punkte einzusetzen:

14

- 15 • Fristen für den Erwerb der Niederlassungserlaubnis  
16 absenken
- 17 • Die deutsche Staatsbürgerschaft für alle in Deutsch-  
18 land geborene Kinder
- 19 • Abbau von Einbürgerungs-Hürden
- 20 • Sowohl für die Ermessens- (§8 StAG) als auch für die  
21 Anspruchseinbürgerung (§10 StAG) ist aktuell die  
22 „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“  
23 erforderlich. Diese soll laut Koalitionsvertrag durch  
24 „klare Kriterien“ ersetzt werden. Da die Lebensun-  
25 terhaltssicherung sowie Kenntnisse der deutschen  
26 Sprache, der Rechts- und Gesellschaftsordnung und  
27 der Lebensverhältnisse ohnehin explizit Teil der Ein-  
28 bürgerungsvoraussetzungen sind, sind gar keine  
29 weiteren Kriterien notwendig.
- 30 • Der Koalitionsvertrag sieht „allgemeine Härtefallre-  
31 gelung für den erforderlichen Sprachnachweis“ vor.  
32 In §10, Absatz 6 StAG sind bereits „altersbeding-  
33 te Ausnahmen“ sowie Ausnahmen „wegen einer  
34 körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit  
35 oder Behinderung“ festgehalten. Eine allgemeine  
36 Härtefallregelung für Ausnahmen bei den Sprach-  
37 kenntnissen – z.B. für Analphabet:innen – gibt es  
38 im Staatsangehörigkeitsrecht anders als im Aufent-  
39 haltsgesetz (z.B. beim Erwerb einer Niederlassungs-  
40 erlaubnis) bisher nicht und muss im Rahmen der Ge-  
41 setzesreform geschaffen werden
- 42 • die im Koalitionsvertrag vereinbarten allgemeinen  
43 Härtefallregelungen sind auch auf fehlende Ein-  
44 kommennachweise auszuweiten.

45

46

47 Es ist weiter bei den Einbürgerungen durch die zustän-

48 digen Landesbehörden anzuerkennen, dass grundlegend  
49 ein öffentliches Interesse an Einbürgerungen besteht um  
50 ein gesellschaftliches Miteinander und die Demokratie zu  
51 stärken. Auch muss durch Härtefallregelungen die sich an  
52 den Lebensrealitäten der Menschen orientieren dafür ge-  
53 sorgt werden, dass sich der Akt der Einbürgerung nicht  
54 unnötig verhindert wird. Wir fordern die sozialdemokrati-  
55 schen Mitglieder der Landesregierungen und der Landes-  
56 parlamente daher dazu auf dafür Sorge zu tragen, dass die  
57 Verfahrenshinweise für die zuständigen Landesbehörden  
58 in folgenden Punkten anzupassen sind:

59

60 **Anrechnungszeiten:**

- 61 • die Integrationsleistung, sich aus der Duldung einen  
62 rechtmäßigen Aufenthaltstitel erarbeitet zu haben,  
63 muss als allgemeiner Härtefall anerkannt werden  
64 um die Zeit in der Duldung dementsprechend ein-  
65 zubeziehen, da geduldeten Menschen sonst eine er-  
66 heblich längere Aufenthaltszeit bis zum Erwerb der  
67 Staatsangehörigkeit zugemutet

68

69 **Pflegeanforderung:**

- 70 • Menschen die Familienangehörige (Kinder, Men-  
71 schen mit Behinderung, alte Menschen) pflegen, ist  
72 es oftmals nicht möglich Einkommen aus Arbeit  
73 und/oder Sprachnachweis B1 zu erlangen. Hier muss  
74 eine allgemeine Härtefallregelung greifen.

75

76 **Angemessener Wohnraum:**

- 77 • Da die Wohnungssituation in Ballungsräumen wie  
78 Berlin äußerst angespannt ist, leben gerade geflüch-  
79 tete Menschen deshalb nicht selten auch nach Aner-  
80 kennung auf Asyl weiterhin in Gemeinschaftsunter-  
81 künften oder ähnlichen Wohnformen oder Wohn-  
82 heimen. Diese müssen als angemessener Wohn-  
83 raum bei der Einbürgerung gelten.

84

85 **Sprachkenntnisse:**

86 Von den Nachweis der Sprachkenntnisse B1 soll als all-  
87 gemeine Härtefallregelung abgesehen werden wenn:

- 88 • Bei Einbürgerung von ehemaligen Gastarbeitern  
89 aus Gründen der Anerkennung ihrer Lebensleistung
- 90 • Analphabetismus
- 91 • Menschen ab 60 Jahren
- 92 • Menschen die das Antragsverfahren eigenständig  
93 durchlaufen und nachweisen, dass der Besuch eines  
94 Sprachkurses nicht mit der Arbeit in Vollzeit verein-  
95 bar ist, soll der Sprachnachweis erlassen werden.
- 96 • Alle Menschen mit einer körperlichen, geistigen  
97 oder seelischen Krankheit oder Behinderung, sol-  
98 len unter eine Härtefallregelung zur Erlangung der  
99 deutschen Staatsbürgerschaft festgehalten.
- 100 • Die Kosten für die Einbürgerung müssen sozial ge-

101        staffelt sein, um keine Hürden dazustellen.  
102